

Autor den Ursachen der wirtschaftlichen Erholung und der augenscheinlichen politischen Stabilisierung des Landes nach. Während erstere vor allem der stark gestiegenen globalen Nachfrage nach Energieträgern sowie staatlichen Fördersteuern und preisabhängigen Exportzöllen zuzuschreiben war, fußte die Vorstellung von einer Stabilisierung der politischen Verhältnisse vornehmlich auf einer entsprechend wohlwollenden Berichterstattung über das Putin-Regime in den staatlich gelenkten Medien. Mangott verulket die anhaltende Tendenz, die Politik der Putin-Führung schönzureden, als „Stabilokratie“. In der Tat wurde die „Stabilität“ des neuen Regimes zum Catchword der neuen Ära. Es konnte indes nicht verwundern, daß angesichts der Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards und eines stets gefälligen medialen Images von Putin die Beliebtheit der neuen Kremlführung stetig anstieg.

Der Verfasser beschreibt die einzelnen „Bausteine der Stabilokratie“ wie die von oben gesteuerten politischen Parteien und die Kontrolle über Fernsehsender und Zeitungen. Auch die „Männer rund um Putin“, ob in den Regierungsapparaten oder in den großen Wirtschaftsunternehmen, werden unter die Lupe genommen und teils als „liberale Technokraten“, teils als „siloviki“, d.h. als Abkömmlinge der Sicherheitsorgane, identifiziert. Da Putin die andauernden Differenzen zwischen und in den Lagern aushandeln mußte, war er „zu keiner Zeit ein unumschränkter autokratischer Führer“ (108), folgert der Autor. Bei der Suche nach einem Nachfolger im Präsidentenamt mußte Putin darauf achten, das Gleichgewicht zwischen den Kremlgruppen nicht aufs Spiel zu setzen. Folglich habe er sich erst im letzten Moment für Medwedjew entschieden und zugleich das Tandem Putin/Medwedjew zu einem offiziellen Projekt erklärt.

In einem letzten Abschnitt behandelt Mangott zentrale Fragen der russischen Außen- und Sicherheitspolitik wie die Energiewirtschaft, die strategische Rüstungskontrolle und den „Fünftagekrieg“ zwischen Rußland und Georgien im August 2008. Wie Mangott betont, scheute Moskau in all den Bereichen gerade im Bewußtsein seines Wiedererstarkens nicht vor schweren Konflikten mit den USA wie der EU zurück.

In einem „Nachwort“ reflektiert der Autor die in der Wirtschaftskrise grell hervortretenden strukturellen Schwächen des russischen Riesenreiches. Er überläßt es den wenig absehbaren künftigen Entwicklungen, „ob die autoritäre Verhärtung der Herrschaftsordnung“ lediglich als ein „transitorisches Moment“, oder aber als „machtpolitischer Selbstzweck“ anzusehen sei (214).

Die überaus informative Darstellung liest sich durchweg spannend und flüssig; sie verzichtet auf Quellenverweise. Nichtsdestoweniger wird deutlich, daß sich das stets konsistente Urteil des Autors auf eine große Fülle an Informationen und Materialien stützt.

Margareta Mommsen

ROTH, Thomas: *Rußland. Das wahre Gesicht einer Weltmacht*. München: Piper 2008. 331 S. Gb. 19,90.

Seit Jahren werben Bücher über Rußland – wie auch über andere Regionen – auf der Titelseite mit dem Photo eines aus dem Fernsehen bekannten Autors. Die schönste Pointe liefert nun Thomas Roth, der das ARD-Studio in Moskau seit April 2007 leitet und dort zuvor schon zweimal auf Posten war: Er will das „wahre Gesicht einer Weltmacht“ zeigen – und bebildert es mit seinem eigenen Konterfei.

Die Erlebnisse und Erkenntnisse von ins-

gesamt rund zehn Jahren zusammenzufassen, reicht keineswegs aus, um der oft strapazierten Frage „Rußland: woher – wohin?“ gerecht zu werden. Roth gibt als zusätzliche Quellen ein paar andere Berichte und Bücher an. Dabei dominieren Themen und Autoren, die Medienvertreter seit Jahren favorisieren, wie zum Beispiel die Putin-Kritik der russischen Politikwissenschaftlerin Lilija Schewzowa, die für das amerikanische Carnegie Moscow Center arbeitet. Vielleicht liegt es an dieser Auswahl, daß Kriterien und Charakterisierungen bei der Beschreibung von Wladimir Putins Rußland gerade am Anfang des Buchs keine neuen Erkenntnisse erlauben. Im weiteren geht der Autor gelegentlich auf Distanz zu den westlichen Maßstäben, setzt persönliche Akzente und urteilt vorsichtig.

Es sind die persönlichen Erfahrungen, die das Buch zu einer lesenswerten Lektüre werden lassen. Die Reportagen aus dem Wahlkampf 2007, aus dem Tschetschenienkrieg 1999, über die Stimmung an nationalen Feiertagen, über die Machtentfaltung der russisch-orthodoxen Kirche, über Leben und Tod mutiger Journalisten sind nicht nur spannend. Sie erlauben auch aufschlußreiche Einblicke, weil Ursachen und Umstände deutlich werden. In diesen Kapiteln porträtiert Roth einzelne Bürger und Politiker, blendet Szenen aus dem Leben in Stadt und Land ein. Arbeitseinsätze und Landschaften sieht der Leser wie in einem Film vor sich, ebenso Armut und Reichtum. Hier ist der Blick scharf; ein auch im Detail differenziertes Rußland-Bild entsteht. Es wird allerdings allzu einseitig beherrscht von einem früheren KGB-Offizier, der „großspurig und lärmend“ die „Wiederauferstehung Rußlands“ verkündete und die Demokratie konsequent abbaute.

Aus anderen Kapiteln wird hingegen ziemlich klar, daß Putins Politik und Popu-

larität sehr viel mit der Hinterlassenschaft seines Vorgängers zu tun hatten und haben. Boris Jelzin ließ die staatliche Autorität und die demokratischen Ansätze im Chaos versinken. Der „gnadenlose Raubkapitalismus“ unter seiner Herrschaft führte zur Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung und zur Enttäuschung über die Demokraten. Es war die Zeit der Oligarchen. Sie waren die Profiteure der Privatisierung, bauten ihren Einfluß auf die Politik und die Medien immer weiter aus. Ausgehend von David E. Hoffmans Buch „The Oligarchs“ (2002) beschreibt Roth anschaulich vor allem Aufstieg und Fall von drei Oligarchen, die heute in den westlichen Medien als „Kreml-Kritiker“ oft einen Ehrenplatz erhalten: Boris Beresowskij, Wladimir Gusinskij und Michail Chodorkowski („Er war cleverer, brutaler und skrupelloser als die anderen“, 190).

Was in diesem Teil fehlt, ist der Hinweis auf die Mitwirkung des „Westens“ an dieser Entwicklung. Bei Roth liest es sich so, als ob Jelzins verhängnisvolle Schocktherapie eine Erfindung seiner jungen Reformökonomien gewesen wäre. Sie war es nicht. Jegor Gajdar und Anatolij Tschubais folgten der neoliberalen Doktrin aus Washington. Die dringend notwendigen Kredite waren nur unter entsprechenden Auflagen zu haben (vgl. die hier nicht erwähnten Bücher von Janine Wedel sowie von Peter Reddaway und Dmitri Glinski). Der eigentliche Punkt ist, daß in dieser von den USA geförderten Schocktherapie einer der Gründe für die skeptische bis ablehnende Haltung der russischen Elite gegenüber dem Westen zu finden ist. Roth echauffiert sich über die plumpen antiwestlichen Ausfälle Putins, geht aber mit keiner Silbe auf das starke Engagement amerikanischer Behörden und Stiftungen ein, die ihr Interesse an der Entwicklung des rohstoffreichen Landes verfolgen, wie zahlreiche

Internetquellen, vor allem von der Entwicklungsbehörde USAID, offenlegen.

Der Autor arbeitet gut heraus, wie Putin mit aller Macht versucht, die staatliche Kontrolle über die Rohstoffe, vor allem Erdöl und Erdgas, auszubauen. Das ist der Weg, um Rußland zu stärken und seinen Interessen aus der Position einer Großmacht heraus, gebührend Gehör zu verschaffen. Kann Moskau das energieabhängige Europa erpressen? Dieser nach den mehrfachen Preis- und Pipelinestreitigkeiten mit der Ukraine aufgebauchten Befürchtung widmet Roth ein eigenes Kapitel. In Anlehnung an die Fachliteratur erklärt er verständlich, warum „das Drehen am Gashebel für Rußland keine wirkliche Handlungsoption darstellt“. Die Abhängigkeit ist gegenseitig. Strittige Details kann es geben. Sie lassen sich in Verhandlungen lösen.

Zurecht stellt der Autor die Frage, ob ein zurückhaltender Umgang mit dem russischen Präsidenten manchen internationalen Konfliktstoff schon im Vorfeld hätte neutralisieren können. Zu Beginn seiner ersten Amtszeit schien Putin außenpolitisch offener, „westlicher“ und veränderungsbereiter gewesen zu sein, als in den Jahren danach. Als das Manuskript im Frühjahr 2008 abgeschlossen war, hatte Putin schon bekannt gegeben, wer sein Nachfolger werden sollte. Er verhielt sich damit nicht anders als Boris Jelzin, der ihn als Präsidenten aufbaute. Doch bei Putins Entscheidung war die Aufregung über diesen Vorgang groß, etwas verdrängt nur durch die Frage, ob Dimitri Medwedew (so die Schreibweise des Autors) sich von seinem Mentor würde emanzipieren können. Inzwischen sieht es in Ansätzen so aus. Doch die Spuren der Vergangenheit bleiben. Ein Politik- und Mentalitätswandel braucht Zeit. Um das besser verstehen zu können, ist die Lektüre dieses Buchs trotz mancher Einwände zu empfehlen.

Mária Huber

URBAN, Thomas: *Polen*. München: Beck 2008. 179 S. Gb. 12,90.

Das heutige Verhältnis zwischen Polen und Deutschland ist immer noch stärker vorbelastet als die Beziehungen zwischen den meisten anderen europäischen Nachbarländern. Ob es um das Berliner „Zentrum gegen Vertreibungen“ oder Falschmeldungen über „polnische Konzentrationslager“, die geplante Öl-Pipeline durch die Ostsee oder um Begegnungen zwischen Sportmannschaften beider Länder geht: Derartige öffentliche Debatten sind oft durch starke Emotionen und für die Gegenseite nur schwer nachvollziehbare Interpretationsmuster gestört, die geschichtlich bedingt sind. Hierzu auf deutscher Seite Verständnishaile zu leisten, ist Anliegen des Buchs von Thomas Urban, der seit 1988 als Korrespondent der Süddeutschen Zeitung aus Warschau berichtet. Es ist in der von Helmut Schmidt und Richard von Weizsäcker im Beck-Verlag herausgegebenen Reihe „Die Deutschen und ihre Nachbarn“ erschienen.

Maßgeblich für die Auswahl und Anordnung des Stoffs sind nicht der lexikalische Überblick und chronologische Ablauf, sondern die Konflikte, aber auch die friedlichen Phasen der deutsch-polnischen Geschichte, insofern sie für die Gegenwart bedeutsam sind. So beginnt Urban mit den düstersten Kapiteln, nämlich dem Zweiten Weltkrieg, den sich ihm anschließenden Vertreibungen und der ihn vorbereitenden Zwischenkriegszeit. Regionale Begegnungs- und Bruchlinien der über 1000 Jahre langen gemeinsamen Geschichte veranschaulicht er am Beispiel von Schlesien, Danzig und Preußen.

Zwei Abschnitte gelten der Rolle der Kirche als „Garant des Polentums“ und der zwischen der „großen Toleranz“ Kasimirs des Großen (Mitte des 14. Jahrhunderts),